



Initiative „Volksbegehren Soziales Berlin“

<http://www.volksbegehren-soziales-berlin.de>
Graefestr. 14 10961 Berlin

kontakt@volksbegehren-soziales-berlin.de

Pressemitteilung

Berlin, 17. Juni 2004

Initiative Volksbegehren unterstützt Abgeordneten Lorenz (SPD)

Am heutigen Donnerstag, um 14.00 Uhr, protestiert die Initiative „Volksbegehren Soziales Berlin“ vor der GSW-Zentrale in der Kochstraße gegen den Verkauf und sammelt Unterschriften für das laufende Volksbegehren für Neuwahlen.

Dazu erklärt Michael Hammerbacher, Sprecher der Initiative: „Im vollen Bewusstsein der sozialen Folgen - nämlich Mieterhöhungen, Verdrängung sozial schwacher Mieter, Umwandlung in Eigentumswohnungen und Arbeitsplatzverluste bei der GSW – verramscht der SPD-PDS-Senat 67.000 Wohnungen unter Wert an US-Fondsgesellschaften. Wie schon bei der Risikoübernahme von 21,66 Mrd. € für die Bankgesellschaft gibt es in Berlin keine gesellschaftliche Mehrheit für diesen Verkauf.“

Die Initiative Volksbegehren teilt die Argumente des SPD-Abgeordneten Hans-Georg Lorenz, der als einziger Abgeordneter der Regierungsfractionen gegen den Verkauf stimmen wird und ruft dazu auf, ihn bei seiner Rede im Abgeordnetenhaus zu unterstützen.

Ohne die Öffentlichkeit zu informieren hat der Senat am 10.2.2004 beschlossen, den Mieterschutz generell zu überprüfen, um den Finanzinvestoren höhere Renditen zu ermöglichen. Die noch 1999 von Senator Peter Strieder vorgebrachte Begründung gegen eine GSW-Privatisierung wird nicht einmal mehr zur Kenntnis genommen. Die Initiative ruft in Erinnerung, dass Strieder die GSW damals der landeseigenen Bankgesellschafts-Tochter IBG und damit den maroden Fonds der Bankgesellschaft zum Fraß vorwerfen wollte.

Die Initiative Volksbegehren wird in den nächsten Wochen zusammen mit dem Donnerstagskreis der SPD gezielt die GSW-Mieter über die Folgen des Verkaufs informieren. Im Zuge dieser Info-Offensive wird die Initiative auch offensiv für das Volksbegehren werben.

„Die rasche Abwahl des Senats wird immer drängender, um die asoziale Senatspolitik zu beenden. Nur noch 33,6% haben bei den Europawahlen in Berlin für SPD und PDS gestimmt. Die Wähler haben der Privatisierungspartei Ost, der PDS, in Scharen den Rücken gekehrt. Wer die kruden Verrenkungen des PDS-Abgeordneten Michail Nelken liest, warum die PDS eigentlich gegen die Privatisierung der GSW, letztlich aber doch dafür sei, versteht die Enttäuschung ehemaliger PDS-Wähler“, kritisiert Hammerbacher explizit die PDS.

„Auch die Rolle der Grünen, die im Abgeordnetenhaus nur aus taktischen Gründen nicht für den Verkauf stimmen, verdeutlicht die Notwendigkeit wahlpolitischer Alternativen für Arbeit und soziale Gerechtigkeit. 78% der Bundesbürger halten die Politik der rot-grünen Bundesregierung nicht für sozial gerecht. Das ist mehr als zur Kohl-Dämmerung 1997/98. Während der Neoliberalismus in der Gesellschaft nicht mehr mehrheitsfähig ist, hat er im Bundestag wie im Abgeordnetenhaus eine 100%-Unterstützung. Die Initiative Volksbegehren beteiligt sich daher aktiv am Berliner und bundesweiten Prozess zur Gründung wahlpolitischer Alternativen“, erläutert Hammerbacher die strategische Zielrichtung.

**Weitere Infos: Michael Hammerbacher (Presseerklärung): 0177-79.93.539
Catrin Kuntze (GSW-Stand): 0179-24.95.721**